

Handzeichen. – Die SPD. Wer ist dagegen? – Das sind CDU und FDP. Wer enthält sich? – Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist auch dieser Entschließungsantrag mit großer Mehrheit **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, wir kommen zu:

16 Gesetz zur Änderung gesundheitsrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9710

erste Lesung

(Minister Karl-Josef Laumann: Ich gebe meine Rede zu Protokoll!)

– Die Einbringung wird von Herrn Minister Laumann zu Protokoll gegeben (*siehe Anlage*), sodass wir schon am Schluss der Beratungen angelangt sind.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Gesetzentwurfs** der Landesregierung **Drucksache 14/9710** an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales**. Wer ist damit einverstanden? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist das so beschlossen.

Ich rufe auf:

17 Eltern nicht im Regen stehen lassen – Kommunen beim Ausbau von U3-Plätzen besser unterstützen

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/8084

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Generationen, Familie und Integration
Drucksache 14/9625

Vereinbart ist, dass wir die **Behandlung** dieses Antrags **in die nächste Sitzungswoche verschieben**.

Wir kommen zu:

18 Alarmierend hohe Krankenstände bei der Polizei – Innenminister Wolf muss handeln

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/9757

Ich eröffne die Debatte und gebe Frau Düker von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Monika Düker (GRÜNE): Danke, Frau Präsidentin. – Es ist etwas überraschend, dass wir jetzt schon zum

letzten Tagesordnungspunkt kommen. Ich kann Sie, liebe Kollegen, nur bitten, noch dazubleiben. Der letzte Tagesordnungspunkt verspricht, spannend zu werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Denn es geht, liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht um einen Antrag, mit dem wir als Grüne mit Kampfrhetorik ins Feld ziehen wollen, sondern – ich schaue einmal Herrn Engel, Herrn Lohn und andere Kollegen aus dem Innenausschuss an – mit dem wir Überzeugungsarbeit leisten, Handlungsbedarf aufzeigen und versuchen wollen, Missstände in der Polizei zu beseitigen und einen Schritt weiterzukommen.

Es geht um die alarmierend hohen Krankenstände in der Polizei. Wir haben aufgrund vieler Zuschriften eine Kleine Anfrage gestellt; in der Antwort darauf sind erschreckende Zahlen zutage getreten. Denn fast 20 % – das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen – der Polizistinnen und Polizisten in unseren Kreispolizeibehörden sind länger als sechs Wochen im Jahr krank.

Das sind Krankenstände, bei denen in jedem Betrieb die Alarmglocken klingeln würden, weil es nicht nur für die Beschäftigten ein Alarmsignal ist, dass dort irgendetwas die Menschen krankmacht, sondern weil es auch wirtschaftlich untragbar ist. Wir haben es ausgerechnet: Es sind genau 1.450 Vollzeitstellen, die durch Krankheit wegfallen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, da kann man doch nicht tatenlos zuschauen. Nach der Berichterstattung in der Zeitung über unsere Initiative bekam ich – das fand ich eigentlich noch viel erschreckender – viele Zuschriften – diese können gerne bei mir eingesehen werden – von betroffenen Polizistinnen und Polizisten, die unser Anliegen unterstützen und berichten, in ihrer Behörde werde mit Krankheit nicht vernünftig umgegangen, sie würden zum Laufbahnwechsel, in den vorzeitigen Ruhestand gedrängt oder das System mache sie krank und niemand kümmere sich darum.

(Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von Johannes Remmel und Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Wir haben heute Zuschriften von der Arbeitsgemeinschaft Hauptschwerbehindertenvertretung Polizei beim Innenministerium NRW erhalten, die unseren Antrag uneingeschränkt unterstützen.

Rainer Wendt – Herr Engel, das ist von Ihrer Seite sicherlich mit Interesse zu vernehmen – von der Deutschen Polizeigewerkschaft, der früher immer für Sie die Anträge verfasst hat, schreibt uns heute – er ist also sehr unverdächtig, den Grünen nahezustehen, da er auch bekennendes Parteimitglied der CDU ist – in einem wirklichen Brandbrief: Es besteht Handlungsbedarf. Wir unterstützen den Antrag der Grünen. – Dieses Unterstützungsschreiben sollte Sie